

Zeit Zeichen

NUMMER 2 | MAI 2021 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 66. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17 €



ANDERS HANDELN

Für ein gerechtes globales Miteinander



Was läuft schief in der EU-Handelspolitik?
„Anders Handeln“ ist dringend angesagt **Seite 4**

Menschenrechte brauchen Gesetze
Kampagne und Petition zur Forderung nach einem Lieferkettengesetz **Seite 12**

Tauziehen um MAN Steyr. Interview mit Alois Stöger (PRO-GE) und Bericht aus der Betriebsseelsorge zu Ängsten und Hoffnungen der Belegschaft **Seite 6**

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO: P. SCHREIBER**



„Anders Handeln“: Die Debatte um eine gerechte Gestaltung von Handels- und Arbeitsbeziehungen in einer globalisierten Welt ist einer der Schwerpunkte der gegenwärtigen KABÖ-Arbeit und steht im Fokus dieser Ausgabe von ZeitZeichen. „Anders Handeln ist not-wendig“, schreibt KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser in ihrem Kommentar (S. 3) und recurriert damit u.a. auf die Analyse der gegenwärtigen EU-Handelspolitik durch ÖGB-Volkswirtin Angela Pfister, die einen „substanziellen Kurswechsel“ in Richtung eines sozial gerechten und ökologischen Handelsmodells fordert (S. 4 – 5). Auf der Bundeskonferenz im März hat sich die KABÖ gegen das EU-Mercosur-Abkommen ausgesprochen (www.kaboe.at), entsprechende Lobbyarbeit betreiben KABÖ wie Gewerkschaften und andere Akteur*innen der Zivilgesellschaft über die Plattform „Anders Handeln“. Gemeinsam ist man auch aktiv mit der Initiative „Menschenrechte brauchen Gesetze“ für die Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes – ein Beitrag dazu von Bettina Rosenberger, Geschäftsführerin des „Netzwerkes Soziale Verantwortung“ (NeSoVe) (S. 12 – 13). Wie der entwicklungspolitische Verein „Weltumspannend arbeiten“ als Teil der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit mehr als 25 Jahren das Bewusstsein für Arbeits- und Lebensbedingungen im globalen Kontext stärkt und sich für solidarisches Handeln einsetzt, beschreiben auf den S. 10 – 11 Eva Prenninger und Sandra Hochholzer. Und ZeitZeichen-Kommentatorin Katharina Mader schaut aus der Perspektive der feministischen Ökonomin auf die Globalisierung, um ein „strategisches Schweigen“, näherhin das allgemeine Versäumnis zu diagnostizieren, die geschlechtsspezifische Dimension dieser Globalisierung wahrzunehmen und anzuerkennen. Die konkreten Auswirkungen von Konzernmacht in einer international vernetzten und agierenden Wirtschaft erlebt Österreich derzeit am Beispiel des Falls „MAN Steyr“. ZeitZeichen hat zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen von Belegschaft und MAN-Mutterkonzern in München Alois Stöger interviewt, der als leitender Sekretär für Sozialpolitik der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) diese Verhandlungen mitgestaltet

(S. 6 – 7). Ein Stimmungsbild aus der Belegschaft zeichnet die Betriebsseelsorgerin Ulrike Hammerl (S. 8).

Einen zweiten Schwerpunkt setzt diese Ausgabe in Fortsetzung von ZeitZeichen 1/2021 zum Thema „130 Jahre Katholische Soziallehre“. Die Beiträge im ersten Heft dieses Jahres rund um das Jubiläum von „Rerum novarum“ haben Leser*innen auf den Plan gerufen – Leserbriefe und eine Replik sind auf S. 20 – 22 zu finden, dazu ein Statement von Anna Wall-Strasser anlässlich der online-Tagung „Die soziale Frage heute“ von KABÖ, ksoe und FCG am 12. Mai (S. 23).

Die Beiträge aus der Steiermark widmen sich im Rückblick auf den „Tag der Arbeitslosen“ und den „Tag der Arbeit“ und zugleich im Blick auf laufende und noch weiter ausstehende Debatten um den Umgang mit Arbeitslosigkeit, Zugangsweisen und Modellen zur Bewältigung von Erwerbsarbeitslosigkeit. „Solidarisch gegen Erwerbsarbeitslosigkeit“ lautet das Postulat von Arno Niesner (S. 15 – 17), „Sozialökonomie“ der Schlüsselbegriff in Bernhard Schwarzeneggers Überlegungen (S. 15 – 17). Das Verhältnis von Kirche und Sozialdemokratie ist Thema zweier Buchbesprechungen von Martin Jäggle (S. 18), u.a. zu einem Text von Otto Bauer, dessen Originalmanuskript erst kürzlich aufgefunden wurde.

Es ist dieses Heft auch eines von Abschied und Ankunft: ZeitZeichen verabschiedet sich von den beiden langjährigen Wegbegleitern Ernst Pöschl, längst gedienter diözesaner KAJ- und KAB-Seelsorger (S. 22) und Fritz Krull, der im März seine Funktion als Bundesseelsorger an Karl Immervoll weitergegeben hat (S. 3). Immervoll will die Leser*innen künftig mit „Geschichten“ begleiten, um Menschen hinter den großen Themen der Zeit sichtbar zu machen – diesmal ist es Maria, die beim Schuhmacher Karl Immervoll ein Paar Schuhe bestellt und ihn daran erinnert, dass es darum geht, Menschen beim Namen zu nennen – auch aus diesem Grund: „Sie dürfen nicht verloren gehen in weltweiten ungerechten Handelsabkommen“.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensc&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



„Anders Handeln“ ist not-wendig?

„No man – no woman – is an island“ – John Donne hat es vor fast 500 Jahren in einem berühmten Gedicht formuliert. Wir sind gemeinsam auf dieser Insel, dieser einen gemeinsamen Welt. Tief verbunden und voneinander abhängig. Im alltäglichen Leben sind wir tausendfach vernetzt mit Menschen in anderen, weit entfernten Ländern durch das alltägliche Leben. Vor allem wir – die Menschen in den Industrieländern – nutzen selbstverständlich tagtäglich Rohstoffe, Arbeitsleistung und Naturprodukte aus weit entfernten Ländern.

Handel war und ist die zentrale Schaltstelle in der Verteilung der Güter und des Reichtums. Handelswege quer durch die Kontinente zeichnen seit ebenso mindestens 500 Jahren das Gesicht des Globus. Globalisierung ist kein Phänomen der letzten 50 Jahre, sie hat sich jedoch durch die Digitalisierung und durch die Liberalisierung der Finanzströme massiv beschleunigt. Und das Machtgleichgewicht hat sich noch deutlicher verschoben zugunsten derer, die die Regeln machen, in Form der internationalen Freihandelsabkommen. Das sind die großen Hebel, die entscheiden über das konkrete Leben der (Klein)-Bäuerinnen und Bauern, der Produzent*innen, der Arbeiter*innen in den Textil- oder Elektronikbetrieben weltweit. Unser Konsumverhalten ist das eine – entscheidender ist jedoch, ob die globalen

Handelsregeln ausgelegt sind auf gute Lebens- und Arbeitsbedingungen und nachhaltigen Klimaschutz.

Als KAB sind wir daher seit Jahren im Netzwerk AHA – Anders Handeln engagiert. Vorerst ging es konkret um die Verhinderung von Handelsabkommen TTIP und CETA. Beide Abkommen, die mit erheblichen Nachteilen für die Menschen zugunsten des Profits großer Konzerne verbunden wären, sind dank des großen internationalen Engagements bisher nicht in Kraft gesetzt. Aktuell arbeiten wir an der gemeinsamen Initiative für ein wirksames Lieferkettengesetz, das Konzerne auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in allen Produktionsphasen verpflichtet.

Ziel von Anders Handeln ist eine gerechte Gestaltung der Globalisierung für die Umwelt und für die Menschen. Damit sehen wir uns im Einklang mit Papst Franziskus, der in seiner Enzyklika ‚Fratelli tutti‘ diese universale Verbundenheit mit Geschwisterlichkeit beschreibt. Gegen die schwerwiegenden strukturellen Mängel in der Gestaltung der Weltgemeinschaft verlangt Franziskus ein Grundgesetz für die Weltwirtschaft (FT 172f). Anders Handeln ist not-wendig – auf der persönlichen und der strukturellen Ebene.

Bundesseelsorger – ein Ehren-amt



Vor dem Handeln kommt in der Praxis der KAB das Sehen und das Urteilen. Diese drei Grundprinzipien nach Joseph Cardijn sind tief eingeschrieben in das Leben von FRITZ KRULL. Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Diakon in der Pfarre Gießhübl hat Fritz Krull nun sechs Jahre die KABÖ als geistlicher Assistent begleitet. Mit seiner geerdeten Spiritualität, seiner Kompetenz

in der Katholischen Soziallehre und seiner Beziehungsfähigkeit hat er sich in vielen Aktivitäten, Veranstaltungen sowie Sitzungen und Gremien wirksam eingebracht. Corona bedingt muss das Feiern noch aufgeschoben werden – auf diesem Weg jedoch ein herzliches DANKE für das vielfältige Engagement!

Zur Nachfolge als Bundesseelsorger votierten die Delegierten der Bundeskonferenz einstimmig für Karl Immervoll, langjähriger Betriebsseelsorger im Oberen Waldviertel. Er wird ab nun auch regelmäßig im Zeit-Zeichen seine Spuren hinterlassen – HERZLICH WILLKOMMEN!

Neben mir sitzt Franz.* An diesem Abend hören wir Geschichten von Sabine, Manuela und Rainer. Sie erzählen von ihrem Leben und dem Engagement in KAJ und KAB. Franz lauscht 1 ½ Stunden wortlos. Schließlich erhebt er sich und sagt: „Ich danke euch! Das war heute höchste Theologie.“

Es ist einer der wichtigsten Sätze, die ich in meinem Leben gehört habe. Ihn nehme ich in meine neue Aufgabe mit. Ich bin dankbar für so viel Vertrauen, das mir entgegengebracht wird. So will ich achten auf die Geschichten, die jene erzählen, die die Welt tragen, weil sie sich meist unten befinden. Denn: „Das Leben ist das 5. Evangelium“ (Cardijn). Liebe KABler*innen, lasst uns gemeinsam höchste Theologie betreiben. Ich freue mich darauf!

Karl

*Franz Weber, Comboni-Missionar, damals Professor für Pastoraltheologie an der Universität Innsbruck.



Was läuft schief in der EU-Handelspolitik?

„Anders Handeln“ ist dringend angesagt

Die EU-Kommission und die Mitgliedsländer sind weiterhin nicht bereit, einen substanziellen Kurswechsel in der Handelspolitik einzuleiten. Das, obwohl die EU-Kommission erst kürzlich eine Diskussion über eine Reform der Handelspolitik startete und eine neue Handelsstrategie präsentierte: ÖGB-Volkswirtin **ANGELA PFISTER** analysiert den status quo der Debatten um die Ausrichtung einer europäischen Handelspolitik und skizziert dringend notwendige Handlungsschritte.

Mit ihrer Mitteilung „Eine offene, nachhaltige und durchsetzungsfähige Handelspolitik“ will die EU-Kommission besser die Herausforderungen, wie die Klimakrise, die Digitalisierung, die Pandemie und auch die geopolitischen Veränderungen bewältigen. In ihren Analysen ist die Kommission zwar kritisch, was die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung angeht. Dennoch hält sie eisern an ihrem bisherigen Kurs fest.

Gute Arbeit und Löhne kein Ziel

Der internationale Handel ist in ihren Augen der Motor und Garant für Wirtschaftswachstum. Als Hauptstrategie propagiert die EU weiterhin noch mehr Freihandel. Sie wird dabei von den Wirtschaftsverbänden unterstützt. Nach deren Credo müsse der Handel leichter gemacht und gesteigert werden. Das lasse die Kosten der Produktion sinken, und nur so werde Wohlstand für alle geschaffen. Konsument*innen können billiger einkaufen, Unternehmen machen mehr Gewinne und damit gäbe es mehr Beschäftigung und höhere Löhne.

Ausgeblendet bleibt, dass in Freihandelsabkommen wichtige wirtschaftspolitische Ziele wie hohe Beschäftigungsraten, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen, hohe Gesundheits- und Umweltstandards nur ungenügend und ohne verbindliche Zielvorgaben abgedeckt sind. Handels- und Investitionsabkommen haben daher auch zu prekärer Arbeit, zu schlech-

teren Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zu einer massiven Umweltbelastung geführt, wie die Kommission selbst in Vergangenheit zum Teil auch eingesteht.

Handels- und Profitinteressen

Die sogenannte neue Generation von Freihandelsabkommen (zum Beispiel CETA, das bereits beschlossene Freihandelsabkommen mit Kanada) hat kaum etwas mit den "traditionellen" Handelsabkommen gemein, bei denen

es vorrangig um den Abbau von Zöllen und Kontingenten bei Waren ging. Sie gehen weit darüber hinaus: Sie haben vor allem die Abschaffung von Standards, die von den Proponent*innen als Handelshemmnisse bezeichnet werden, die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen und die Etablierung von privilegierten Konzernklagerechten (Investitionsschutz) zum Gegenstand. Handels- und Profitinteressen stehen damit de facto über allen anderen Interessen.

Im Rahmen des "Neuen Grünen Deals" der EU-Kommission planen die EU-Staaten die CO₂-Emissionen um 55 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu senken. Die Umsetzung dieser Zielsetzung könnte für einige EU-Staaten teuer werden. Der Grund dafür ist ein internationales Abkommen - der Energiecharta-Vertrag. Diesen nutzen im-

WAS WIR FORDERN

- Eine neue Handels- und Investitionspolitik, die Menschen, Arbeit und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Arbeits- und Sozialstandards sowie Umweltschutz sind ausbauen, statt sie im Teufelskreis der Standortkonkurrenz immer weiter auszuhöhlen. Verletzungen von Arbeitsrechten dürfen dabei nicht ohne Sanktionen bleiben.
- Investitionsschutzbestimmungen in EU-Handels- und Investitionsabkommen, die den Konzernen ermöglichen, den Staat auf Schadenersatz zu klagen, sind abzulehnen.
- Daseinsvorsorge hat nichts in Handels- und Investitionsschutzabkommen zu suchen. In den relevanten Abkommen braucht es eine umfassende und effektive Ausnahme für Leistungen der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Beschaffung inkl. Konzessionen aus ihrem Anwendungsbereich.
- Regulierungen im öffentlichen Interesse – für Gesundheit, Arbeitnehmer*innen und Umwelt - bedürfen gegenüber dem offensiven Duck transnationaler Konzerne speziellen Schutzes.



Angela Pfister: „Es braucht eine neue Handelspolitik.“ FOTO: GB



FOTO: PIXABAY/PEXELS

mer häufiger große Energiekonzerne, um Staaten bei neuen gesetzlichen Vorgaben zur Reduktion von Co2 Emission vor Investitionsschiedsgerichten auf Gewinnengang zu klagen. Der Streit zwischen dem schwedischen Energiekonzern Vattenfall und Deutschland ist einer der bekanntesten Fälle. Vattenfall hat wegen des beschlossenen Atomausstiegs sowie weiters wegen seines Kohlekraftwerks geklagt. Ersterer ist noch immer nicht abgeschlossen. Der zweite Streit endete in einer „Einigung“. Trotzdem musste Deutschland schon einen zweistelligen Millionenbetrag an Gerichtskosten zahlen.

Konzerne bringen nicht nur Umweltmaßnahmen vor internationale Schiedsgerichte. Auch Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte werden in Frage gestellt. Geklagt wurde dabei etwa gegen Lohnzuschläge – Centerra Gold vs. Kirgistan – oder wegen Nichtverhinderung von Streiks – Noble Ventures vs. Rumänien.

EU-Mercosur-Abkommen – ein Desaster für Arbeitnehmer*innen und Umwelt

Aber nicht nur Klagerechte für Investoren schaden. Das zeigt aktuell das umstrittene EU-Mercosur-Abkommen. Trotz aller Versprechen der EU-Kommission bleiben die Bestimmungen im Abkommen zu den Arbeitsrechten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) wie zu Umwelt und Klima zahnlos. Arbeitnehmer*innen arbeiten teilweise unter schlimmsten Bedingungen. In der Landwirtschaft kommen sogar

sklavenähnliche Arbeitsbedingungen vor. Gleichzeitig droht eine beschleunigte Vernichtung des Regenwaldes für landwirtschaftliche Produkte, die für den Export in die EU bestimmt sind.

Die EU exportiert vor allem verarbeitete Güter wie Autos, Maschinen und Chemikalien in die Mercosur-Staaten. Unter den Chemikalien befinden sich auch Pestizide, die in der EU-Landwirtschaft aufgrund seiner Gefahren für Mensch und Umwelt nicht zugelassen sind. Aus den Mercosur-Staaten importiert die EU überwiegend Agrarprodukte wie Fleisch, Soja oder Kaffee und Rohstoffe (z.B. Eisenerz, Erdöl und Kupfer).

Die zukünftige Marktöffnung könnte die regionalen wirtschaftlichen Strukturen in den Mercosur-Staaten massiv bedrohen. Diese sind der Konkurrenz aus der EU nicht gewachsen. Nicht nur die Gewerkschaften vor Ort fürchten um ihre Arbeitsplätze. Auch Wirtschaftsverbände in den Mercosur-Ländern sind kritisch und fordern einen Schutz für industrielle Entwicklung.

Jetzt ist es daher entscheidend, den Druck aufrechtzuerhalten und das Abkommen zu verhindern. Der ÖGB war und ist klar gegen das EU-Mercosur-Abkommen und setzt sich sowie viele weitere Organisationen dafür ein, es zu verhindern.

Eine neue Handelspolitik

Es ist daher längst an der Zeit, dass die Handelsbeziehungen so gestaltet werden, dass sie möglichst allen Menschen von Nutzen sind und einen Beitrag zu

Umwelt- und Klimaschutz leisten. Anstatt Freihandelsabkommen wie das mit Mercosur ist eine grundlegende Änderung in der Handelspolitik notwendig, die Menschen, ihre Arbeit sowie die Umwelt vor die Profitinteressen von Konzernen stellt. Arbeits- und Sozialstandards sowie Umweltschutz sind dabei auszubauen, statt sie im Senkungswettbewerb um die billigsten Standorte immer weiter auszuhöhlen.

JETZT AKTIV WERDEN!

Die Plattform „Anders Handeln“ - www.anders-handeln.at - sowie das [internationale Bündnis www.StopEUMercosur.org](http://www.internationale-buendnis.org) fordern ein neues, sozial gerechtes und ökologisches Handelsmodell, das auf Solidarität und dem Schutz der Menschenrechte beruht. Auf den Websites gibt es Information und es werden Möglichkeiten zur Beteiligung aufgezeigt, um das Abkommen zu stoppen. Auch eine Petition zum Energiecharta-Vertrag kann dort unterzeichnet werden.

Die Plattform „Anders Handeln“ wurde unter anderem von den Gewerkschaften PRO-GE, vida und youunion _ Die Da-sein-gewerkschaft zusammen etwa mit Attac, Global 2000 und der Katholischen Arbeitnehmer*innen-Bewegung initiiert. Sie wird auch vom ÖGB unterstützt.

Die Urabstimmung war eine „Revolution“

Ein Interview mit Alois Stöger (PRO-GE) zu den Verhandlungen bei MAN Steyr

Der „Fall MAN Steyr“ hat bereits eine mehr als halbjährige Geschichte: im Herbst 2020 kündigte der Mutterkonzern MAN in München (2011 von VW zur Gänze übernommen) an, das Lastwagen-Werk in Steyr schließen zu wollen und die Produktion nach Polen zu verlagern. Was sich seither abspielt, ist ein Lehrstück davon, wie transnationale Konzernmacht funktioniert bzw. zu funktionieren versucht. Mit am Set: eine Belegschaft mit Plan und Courage, die sich in den Weg stellt. **ALOIS STÖGER**, leitender Sekretär für Sozialpolitik in der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) begleitet die laufenden Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Eigentümer von MAN Steyr.*¹

ZZ Wofür steht der „Fall MAN“ in Steyr „industriestrategisch“?

AS MAN Steyr hat ein gutes Produkt und erwirtschaftete Gewinne. Die Gewinne haben dem Konzern aber nicht gereicht. Also: hat man in München geplant, die Arbeitsplätze in Steyr zu verlagern, in diesem Fall nach Polen. Die Verlagerung von Arbeit ist – im Gegensatz zur Verlagerung von Kapital - nicht leicht. Der Betriebsrat von MAN Steyr hatte mit dem Unternehmens-Eigentümer einen Standortsicherungs-Vertrag geschlossen (Anm.d.R.: gültig bis 2030); den Betrieb in Steyr zu schließen, käme den Mutterkonzern sehr teuer. Also hat man einen Investor gesucht, in diesem Fall Siegfried Wolf*², der die Belegschaft von 2300 Personen auf 1250 reduziert und die Löhne um 15 Prozent gekürzt hätte.

ZZ Bei der Urabstimmung am 8. April haben knapp 64 Prozent der Belegschaft von MAN Steyr dieser Variante eine Absage erteilt. Was war/ist seitens des Staats zu erwarten?

AS Der zuständige Minister hat eine Staatsbeteiligung abgelehnt. Für transnationale Konzerne gilt: Die Regeln bestimmen die Mächtigen. Sie nehmen Einfluss auf Politik, Medien, Justiz.

ZZ In der Debatte um eine Lösung für den Standort Steyr tauchen auch Ideen von einer Weiterführung des Unter-

nehmens mit Arbeitnehmer*innen-Beteiligung auf, einem sozial-ökologischen Umbau in der Produktion, etwa mit Fokus auf Züge und Straßenbahnen

zu übergeben, hat man nun klar signalisiert: man verweigert sich diesem Transformationsprozess. Und man hält den Vertrag nicht ein.



Bereits im Oktober 2020 haben tausende Menschen in Steyr gegen die Vorgangsweise des Mutterkonzerns MAN München protestiert, darunter KAB und Betriebsseelsorge

FOTO: ULRIKE HAMMERL

AS Die Frage ist: woher kommt das Kapital für solche Modelle? Es bestehen Abhängigkeiten von der internationalen Wirtschaft, man schüttelt nicht einfach so eine neue Produktion aus dem Ärmel. In der Autoindustrie ist der Druck groß. Es braucht andere Antriebssysteme, andere Logistiksysteme... Aus eigener Kraft geht das nicht. Das Ziel des Betriebsrates war es, sich mit dem Konzern in einen Transformationsprozess zu begeben. Der Standortsicherungsvertrag hat in diese Richtung gewiesen. Mit der Entscheidung des Mutterkonzerns, das Werk in Steyr zu schließen bzw. einem Investor

ZZ Es bleibt also eine juristische Auseinandersetzung?

AS Jetzt geht es darum, dass Zivilgesellschaft und Gerichte darauf drängen, dass der Vertrag, der geschlossen wurde, eingehalten wird. Die Frage wird sein: Will man dem Konzern Grenzen setzen? Kommt Rechtsstaatlichkeit zum Tragen? Wird darauf gepocht werden, dass Gesetze und Verträge einzuhalten sind? Mein Ziel ist es, den Druck auf VW so zu erhöhen, dass es dem Konzern besser erscheint, mit dem Transformationsprozess zu beginnen.



Alois Stöger: „Mein Ziel ist es, den Druck auf VW so zu erhöhen, dass es dem Konzern besser erscheint, mit dem Transformationsprozess zu beginnen“.

FOTO: MICHAEL MAZOHL

ZZ Hätte da nicht schon bisher reagiert werden können?

AS Eine enorm wichtige Rolle spielen die Medien. Die großen Konzerne arbeiten mit Agenturen, die die Wirtschaftsredaktionen bedienen. Mit der Urabstimmung im Betrieb in Steyr ist es gelungen, einen Paukenschlag zu setzen und die Aufmerksamkeit der Medien und damit der Öffentlichkeit für die Argumente der Belegschaft zu gewinnen.

ZZ Was kann die Zivilgesellschaft tun?

AS Sie soll den Finanzminister verjagen! Bei Wahlen gute Entscheidungen treffen...

ZZ Im konkreten „Fall MAN Steyr“ wird man darauf nicht warten können...

AS Die Belegschaft in Steyr hat gezeigt, dass sie bereit ist, ein Risiko einzugehen. Ein großes Risiko. Die Risikobereitschaft steht über der Angst. Schauen wir, was weiter passiert. Die Urabstimmung war eine Revolution – eine seitens der Mächtigen unerwarteten Reaktion. Und Revolutionen lösen Gegenaktionen aus.

ZZ Was braucht es Ihrer Ansicht nach für eine zukunftstaugliche, an Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit orientierte Industriestrategie?

AS Es braucht mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten, Möglichkeiten des staatlichen Eingriffs, um Eigentümer zu verpflichten, Verantwortung wahrzunehmen; Rahmenbedingungen, die das absichern. Beispiel: es ist ein Unterschied, ob man auf dem Weg zur CO₂-Reduktion Marktlogik anwendet und Reiche sich freikaufen können oder ob man das ordnungspolitisch, also für alle gleich regelt.

*1 Anm. d.R.: dieses Interview wurde im April 2021 geführt; am 9. Mai, vor Drucklegung der vorliegenden Ausgabe von ZeitZeichen, gelangte die juristische Debatte um die Gültigkeit des Vertrags über die Standortsicherung bis 2030 in den Fokus der medialen Berichterstattung; es liegen zu dieser Frage unterschiedliche Rechtsgutachten vor.

*2 Anm.d.R.: Siegfried Wolf ist ehemaliges Vorstandsmitglied von Magna International; er plante, mit dem russischen Nutzfahrzeugehersteller GAZ zu kooperieren; kontrolliert wird die GAZ-Unternehmensgruppe von dem russischen Oligarchen Oleg Deripaska, Wolf sitzt im Aufsichtsrat von GAZ; Wolf ist darüber hinaus Aufsichtsratspräsident der Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG), Aufsichtsrat bei der Baufirma Strabag und Aufsichtsratsvorsitzender der Sberbank Europe AG, einer Europa-Tochter der größten russischen Bank, der Sberbank.

Interview: Elisabeth Ohnemus

Wie es anders geht: Vier Säulen einer zukunftstauglichen Industriestrategie

In einem Beitrag des Magazins „Perspektiven“ des „Marie Jahoda – Otto Bauer-Instituts“ vom Februar 2021 skizziert die Autorin Julia Eder „vier Säulen einer zukunftsfähigen Industriestrategie“:

- Unterstützung von Betrieben beim sozial-ökologischen Umbau (Schaffung staatlicher Fonds etwa nach Vorbild zur „Stolz auf Wien Beteiligungs GmbH“, Transformationsfonds zur Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe bei Dekarbonisierung und Digitalisierung...)
- Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe (Streben nach ökonomischer Subsidiarität, strenges Lieferkettengesetz für Güter, die nicht im nationalen oder europäischen Rahmen beschafft werden können, Anpassung von Gemeindefinanzierung im Blick auf soziale und ökologische Beschaffung, Gestaltung einer nachfrageorientierten Industriepolitik, Ankurbelung einer Binnennachfrage nach umweltfreundlichen Produkten durch die öffentliche Hand...)
- Gerechte Verteilung der Gewinne (staatliche Förderung heimischer Forschung, strenge Regeln für Unternehmen, die Corona-Hilfen erhalten haben: Gewinnbeteiligung der öffentlichen Hand, verpflichtende Rückzahlung bei Abwanderung, längerfristige Standortgarantie...)
- Veränderung der Eigentumsverhältnisse (Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne, Kriterien bei öffentlicher Beschaffung ausgerichtet an den Möglichkeiten kleiner und mittlerer Betriebe, Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft z.B. durch Förderung von Genossenschaftsgründungen, neue Modelle der Staatsbeteiligung und Staatsübernahmen, in letzterem Fall gesellschaftliche Verwaltung – z.B. Besetzung des Aufsichtsrats zu je einem Drittel durch Vertreter*innen des Staats, der Belegschaft, der Konsument*innen)

Tragfähige Zukunftsperspektiven gesucht

MAN-Mitarbeiter*innen zwischen Hoffen und Bangen

„Mein Respekt gilt jenen, die in dieser schwierigen Situation um eine gute Lösung für alle Mitarbeiter*innen ringen und sich um ein kraftvolles ‚Wir‘ im Betrieb bemühen“: Ein Bericht der Betriebsseelsorgerin **ULRIKE HAMMERL** aus dem MAN-Werk in Steyr.

„Ich betreibe Vogel-Strauß-Politik, ich stecke den Kopf in den Sand. Ich vermeide es bis dato strikt, mich mit dem Gedanken konkret auseinanderzusetzen, dass ich in naher Zukunft nicht mehr bei MAN beschäftigt sein werde. Zur Zeit ist alles in Schwebelage, und ich klammere mich an den Gedanken, dass es irgendwie weitergeht. Falls ich wirklich gekündigt werde, hoffe ich zum einen, dass ich noch eine sinnstiftende Beschäftigung finden werde, die es mir ermöglicht, mein Leben zu bestreiten. Andererseits muss ich mich im Fall einer Kündigung aber auch mit Ängsten auseinandersetzen: Angst vor Einkommensverlust, vor offener Schuldentilgung, Langzeitarbeitslosigkeit, sozialem Abstieg, diversen weiteren Lebenseinschränkungen, niedrigerer Pension etc.“

Diese Zeilen eines Mitarbeiters von MAN Steyr spiegeln wohl die Gedanken und Emotionen vieler Menschen dieser Tage wider. Nicht zu wissen, ob der Arbeitsplatz weiterbestehen wird oder wie sich im Falle einer Kündigung der Alltag bewerk-

stelligen lässt, macht Angst. In einer Zeit, in der in Österreich fast 500 000 Menschen eine Erwerbsarbeit suchen, werden sich Betroffene auch die Frage stellen müssen, ob es gelingen kann, selbst wieder eine gute Arbeit zu finden. Spätestens seit den vielen Kündigungen und Betriebs-schließungen in Zusammenhang mit den Corona Maßnahmen, können wir nicht mehr ignorieren, dass Arbeitslosigkeit ein gesellschaftspolitisches Thema ist und eng mit der globalen Wirtschaft zusammenhängt. Wenn Betriebe trotz guter Auftragslage ihre Standorte schließen, um in Billiglohnländern ihre Gewinne zu maximieren, ist dies nicht das Verschulden einzelner Arbeitnehmer*innen. Tausende Menschen verlieren durch diese Politik ihren Arbeitsplatz, der in anderen Ländern, unter teilweise ausbeuterischen Bedingungen wiederaufgebaut wird. Diese Entwicklung dient nur wenigen Menschen, und daher ist es an der Zeit, auf allen politischen Ebenen, über Themen wie Grundeinkommen und Arbeitszeitverkürzung im Sinne eines guten Lebens für alle Menschen nachzudenken.

Nachdem die Beschäftigten von MAN Steyr erfahren haben, dass der Standortsicherungsvertrag gekippt wurde, versammelten sich am 15. Oktober 2020 tausende Menschen am Stadtplatz von Steyr. Solidarität lag in der Luft.

Nicht nur betroffene Arbeitnehmer*innen, sondern auch Mitarbeiter*innen der voestalpine Linz und aus anderen Betrieben standen nebeneinander. "Wir für Steyr" war in vielen Wortmeldungen auf der Bühne und unter den Teilnehmer*innen hörbar. Die Erfahrung, nicht alleine auf der Straße stehen zu müssen, hat die Arbeitnehmer*innen durch die darauffolgenden schwierigen Wochen getragen.

Heute, 7 Monate später, leben die Mitarbeiter*innen immer noch in der Zerrissenheit zwischen Hoffen und Bangen. Monatelang mit einer großen Ungewissheit und Unplanbarkeit zu leben kostet Kraft und zerrt an den Nerven. Mit der Abstimmung vom 7. April wurde eine weitere Stufe der Anspannung erreicht. Das Medieninteresse war bereits vor diesem Datum sehr groß, und viele blickten auf den Ausgang der Abstimmung. Mit dem Wissen, dass neben dem eigenen Arbeitsplatz auch weitere 8400 in Zulieferbetrieben von MAN gefährdet sind, gingen die Menschen zur Abstimmung. Niemand, der nicht selbst betroffen ist, kann sich vorstellen, wie schwierig eine Entscheidung unter diesen Vorzeichen zu treffen ist. Mein Respekt gilt jenen, die in dieser schwierigen Situation, um eine gute Lösung für alle Mitarbeiter*innen ringen und sich um ein kraftvolles "Wir" im Betrieb bemühen.



Tausende Menschen versammelten sich am 15. Oktober 2020 am Stadtplatz von Steyr, um ihre Solidarität mit den MAN-Mitarbeiter*innen zu bekunden **FOTO: ULRIKE HAMMERL**

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Katharina Mader ist Assistenzprofessorin am Institut für Heterodoxe Ökonomie der WU Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Feministische und Politische Ökonomie, Care-Ökonomie sowie Wirtschaftspolitik und Gender.

FOTO: PAMELA RUSSMANN



Globalisierung und das „strategische Schweigen“?

Die COVID-19-Pandemie stellt erstmals seit Jahrzehnten die Globalisierung als unausweichlichen Sachzwang des Weltmarkts in Frage, Rufe nach weniger internationaler Abhängigkeit und mehr Regionalität werden laut, aber auch Rufe nach einer gerechteren globalen Verteilung: In Österreich gibt es zurzeit zum Beispiel gleich zwei Initiativen für ein Lieferkettengesetz.

„Das strategische Schweigen“ – ein Begriff, den die feministische Ökonomin Isabella Bakker schon 1994 geprägt hat, verweist auf das Versäumnis, explizit oder implizit anzuerkennen, dass globale Umstrukturierungen in einem geschlechtsspezifischen Terrain stattfinden. Vermeintlich neutrale makroökonomische Politiken haben profund unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Die Globalisierung hat eine geschlechtsspezifische Dimension. Das belegen feministische Ökonominen insbesondere seit der Einführung der so genannten Strukturanpassungsprogramme durch den Internationalen Währungsfonds in verschuldeten Ländern des Südens in den 1980er Jahren auf eindrucksvolle Weise in unzähligen Studien.

Ökonomische Theorien und makroökonomische Politiken sind nicht geschlechtslos oder geschlechtsneutral. Sie beruhen vielmehr auf so genannten androzentrischen Weltvorstellungen. Sie sind geprägt von männlichen Erfahrungen und Interessen und vernachlässigen die Notwendigkeit, auch anderen Bedürfnissen Raum zu geben. Das blendet die spezifischen Erfahrungen und Lebenskontexte von Frauen aus und bringt Theorien, Modelle und Politiken hervor, die „männlich“ mit Norm und somit mit „menschlich“ gleichsetzen. Damit werden die Beiträge von Frauen als auch die Auswirkungen auf Frauen systematisch unterschätzt.

Diane Elson und Nilufer Cagatay haben drei systematische Verzerrungen bzw. Bias in internationalen makroökonomischen Politiken gefunden: den deflationären Bias, den männlichen Haupternährer-Bias und den Kommodifizierungsbias. Wenn eine niedrige Inflation und ein strenger fiskalischer

Rahmen hinsichtlich öffentlicher Ausgaben Priorität haben, sehen wir einen **deflationären Bias**. Dieser hat für Frauen unverhältnismäßig negative Effekte, denn er limitiert den Spielraum von Regierungen im Umgang mit Krisen, vor allem wenn es um Investitionen in den so genannten Care-Bereichen wie Bildung und Gesundheit geht. Es bedürfte also einer Neufassung von nationalen und internationalen makroökonomischen Regeln, um Gleichstellung anstreben zu können.

Der **männliche Haupternährer-Bias** entsteht aus der Annahme, dass es in Familien einen männlichen Haupternährer gibt, mit dessen Lohn auch die abhängigen Familienmitglieder versorgt werden. Hierfür bedarf es einer (Ehe-)Frau, die den nicht-marktlichen Bereich der unbezahlten Care-Arbeit übernimmt. Studien für die EU-Länder kommen zu dem Schluss, dass je höher das Niveau an Frauenerwerbsarbeit und dementsprechend geringer der männliche Haupternährer-Bias desto besser die makroökonomische Performance eines Landes. Unklar bleibt dabei aber, ob die höheren Beschäftigungsquoten den wirtschaftlichen Erfolg bedingen oder umgekehrt der wirtschaftliche Erfolg höhere Beschäftigungsquoten ermöglicht. Eine gleichberechtigte Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit müsste jedenfalls wesentlich in den Blick der Makroökonomie genommen werden.

Der **Kommodifizierungsbias** tritt auf, wenn makroökonomische Politiken darauf abzielen, die Rolle des Öffentlichen Sektors, also des Staates, so weit wie möglich zu minimieren. Als Resultat dessen verschiebt sich oftmals die Care-Arbeit (wieder) in die unbezahlte Sphäre, wird also (re-)privatisiert und damit zu unbezahlter „Frauenarbeit“.

Alle drei Verzerrungen führen zu einem „downloading“ von Kosten, Belastungen und Risiken in die Privathaushalte oder „in die Küchen“ – wie es Diane Elson nennt – und damit auf Frauen. Etwas das uns die COVID-19-Pandemie eindrucksvoll vor Augen hält und dem wir auf nationalstaatlicher genauso wie auf globaler Ebene mit geschlechtergerechten Politiken Einhalt gebieten sollten.

Schauen wir gemeinsam über den Tellerrand

„weltumspannend arbeiten“, der entwicklungspolitische Verein innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, stellt sich vor

Ob wir wollen oder nicht: Globalisierung ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die zunehmende weltweite Arbeitsteilung macht es möglich, dass Kapital, die Produktion von Waren und Arbeitskraft immer weniger an einen Ort gebunden sind. Während wir in Europa von den billigen Produkten profitieren, werden in Ländern des globalen Südens Menschen und Natur hemmungslos ausgebeutet. Globale Güterketten stehen dabei im Zentrum der Auseinandersetzung mit Arbeitsbedingungen und sozialen Fragen. Die aufgebauten Systeme stehen auf wackeligen Beinen, denken wir an das im Suezkanal stecken gebliebene Container-Schiff und die damit verbundenen Auswirkungen auf den globalen Handel. Außerdem führt uns die Corona-Pandemie seit mehr als einem Jahr sehr deutlich die weltweiten gegenseitigen Abhängigkeiten vor. Durch die Pandemie sind auch die Märkte des globalen Südens eingebrochen, die Folge sind viele Arbeitslose. Ein fehlender Sozialstaat, schlechte Gesundheitsversorgung und mangelnde Hygiene haben gerade für Menschen im globalen Süden katastrophale Auswirkungen. von EVA PRENNINGER, SANDRA HOCHHOLZER



Protestaktion des Georgischen Gewerkschaftsbundes, mit dem „weltumspannend arbeiten“ kooperiert

FOTO: SHALVA JOKHADZE

Das Angebot von weltumspannend arbeiten

Neben öffentlichen Aktionen, Workshops und Vorträgen zu ausgewählten Themen bietet der Verein den sechs-moduligen Lehrgang Global denken - global handeln an. Außerdem ermöglichen persönliche Begegnungen im Rahmen von Speakerstouren und Begegnungsreisen eine intensive Auseinandersetzung mit den herausfordernden Arbeits- und Lebensbedingungen in anderen Ländern. Dazu werden themen- und länderspezifische (Bildungs-)Materialien erstellt, wie beispielsweise ein Factsheet über Kinderarbeit oder eine Broschüre, die anhand von Portraits Frauen auf der ganzen Welt vorstellt und gelungene Nord-Süd Kooperationen sichtbar macht.

Aktuelle Schwerpunkte:

1.) *Sustainable Development Goals – Nachhaltige Ziele zur Transformation der Welt*

Im Zuge der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2015 in New York wurde eine Resolution verabschiedet, die sich nichts Geringeres zum Ziel setzt, als weltweit ein ökologisches, soziales und ökonomisches Gleichgewicht zu etablieren. Damit ein so komplexes

Jede Krise zeigt, wie abhängig wir voneinander sind und wie wichtig es ist, dass wir internationale Solidarität leben, uns für menschenwürdige Arbeit entlang der Lieferketten einsetzen und uns fragen, welche internationalen Instrumente es zum Schutz der Menschen- und Arbeitsrechte gibt.

„Man sieht nur, was man weiß“ (Goethe)

Weltumspannend arbeiten – der entwicklungspolitische Verein innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung – klärt seit mehr als 25 Jahren über Arbeits- und Lebensbedingungen weltweit auf. Der Verein will gemeinsam mit den Teilnehmer*innen über

den Tellerrand schauen und das globale Bewusstsein innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung stärken. Gewerkschaftsarbeit darf nicht an den Grenzen eines Unternehmens und auch nicht an den Grenzen Österreichs enden. Dazu muss das Bewusstsein geschaffen werden, wie wir mit der Welt vernetzt sind. Es geht uns alle an, wie in anderen Ländern produziert wird – weil wir Teil davon sind! Jede/jeder einzelne kann zu einer gerechteren Form der Globalisierung beitragen, indem wir sozial und ökologisch bewusst konsumieren, solidarisch gegenüber anderen agieren und in Betriebsräten, Gremien und politischen Strukturen für faire Bedingungen eintreten.

Vorhaben erreicht werden kann, einigen sich alle 193 Mitgliedstaaten der UNO auf die Implementierung von 17 Zielen (Sustainable Development Goals – SDGs) sowie ihren 163 Unterzielen. Um die Bekanntheit dieser Vorhaben und die Inhalte der SDGs zu verbreiten, sind diese seit einigen Jahren fixer Bestandteil unserer Bildungsarbeit.

Anfang 2021 hat weltumspannend arbeiten neue Materialien produziert, um auf die Dringlichkeit der Umsetzung der SDGs hinzuweisen. Ein SDG-Comic, welches in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ruanda erstellt wurde, beschreibt die 17 Nachhaltigkeitsziele auf anschauliche Weise. Das Comic kann über weltumspannend.arbeiten@oegb.at bestellt werden.

2.) 2021 – Internationales Jahr gegen Kinderarbeit

Weltweit müssen über 70 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Sie setzen in Bergwerken und Steinbrüchen ihr Leben aufs Spiel, schufteten auf Plantagen oder in Fabriken, nähen billige Kleidung oder knüpfen von morgens bis abends Teppiche.

tisch Verantwortlichen über das Thema Kinderarbeit zu informieren und sie zum Handeln zu bewegen. Das Jahr 2021 wurde von der UN-Vollversammlung zum Jahr zur Beendigung von Kinderarbeit erklärt. Wir wollen dieses spezielle Jahr als politisches Momentum nutzen, um dem Ziel der weltweiten Abschaffung von Kinderarbeit einen großen Schritt näherzukommen.

Weltumspannend arbeiten hat zum Thema „Stoppt Kinderarbeit“ ein Factsheet entworfen, das auf der Homepage [downgeloadet](http://www.weltumspannend.arbeiten@oegb.at) oder bei weltumspannend.arbeiten@oegb.at bestellt werden kann.

3.) Gewerkschaftsschule Georgien

Seit 2016 lenkt weltumspannend arbeiten, sein Augenmerk auf Georgien. Zwei Kooperationsprojekte mit dem Georgischen Gewerkschaftsbund sowie der deutschen Friedrich Ebert Stiftung vor Ort führten uns seither – zumindest vor Corona - mehrmals jährlich in das kleine Land im Südkaukasus. 2018 wurde von weltumspannend arbeiten auch eine Begegnungsreise für interessierte Mitglieder nach Georgien organisiert. Gewerkschaftliche Anliegen

men, wie die Gewerkschaftsschule nach österreichischem Modell oder auch Organizing Lehrgänge.

Ein ansehnliches Produkt dieser Arbeit ist eine Fotoausstellung. Den Anstoß dazu gaben die eindrucksvollen Fotografien eines Teilnehmers der Gewerkschaftsschule in der Hauptstadt Tbilisi. Shako Jokhadze hat von 2016 bis 2018 Gedenk- und Protestaktionen des Georgischen Gewerkschaftsbundes begleitet und festgehalten. Ergänzt wird die Ausstellung von Fotografien, die bei der Begegnungsreise 2018 nach Georgien entstanden sind und aus einer anderen Perspektive die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Georgien zeigen. Die Ausstellung Ringen um Arbeitsrechte in Georgien ist bis Ende Juni 2021 in der ÖGB Zentrale, im Catamaran, in Wien zu sehen. Ein Video als Vorgeschmack: <https://www.youtube.com/watch?v=RovXlySkmnw>

„GLOBALE PROBLEME KÖNNEN NICHT DURCH NATIONALE STRATEGIEN GELÖST WERDEN. ARBEITNEHMER*INNEN IN ALLER WELT MÜSSEN SOLIDARISCH FÜR EINE GERECHTE GLOBALISIERUNG EINTRETEN!“ www.weltumspannend-arbeiten.at

Auch in Produkten, die wir hier in Österreich konsumieren, steckt, für uns erstmal unsichtbar, ausbeuterische Kinderarbeit: im morgendlichen Kaffee, in der Tasse Kakao, in der Schokolade, im Wohnzimmerteppich, im Smartphone etc.

Die Initiative „Kinderarbeit stoppen“ (www.kinderarbeitstoppen.at), die auch von weltumspannend arbeiten unterstützt wird, setzt sich zum Ziel, die österreichische Bevölkerung und die poli-

und Bildungsarbeit stehen im Fokus des gemeinsamen Tuns. Das Ziel ist die Stärkung der Gewerkschaften zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Georgien. Dazu dienen gezielter Austausch in Form von persönlichen Treffen, punktuelle Unterstützung für die Umsetzung von Verbesserungen, wie es im Bereich der Neuorganisation des Arbeitsinspektorats angeboten wurde und der gemeinsame Aufbau und die Verankerung von Bildungsprogram-



Ein SDG-Comic, das „weltumspannend arbeiten“ in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ruanda erstellt hat, beschreibt die 17 Nachhaltigkeitsziele auf anschauliche Weise

FOTO: WELTUMSPANNEND ARBEITEN

Menschenrechte brauchen Gesetze

Entlang von globalen Lieferketten stehen Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und die Zerstörung unserer Umwelt an der Tagesordnung. Für unsere Schokolade müssen Kinder auf westafrikanischen Kakaopflanzungen unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Weltweit werden Gewerkschafter*innen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, verfolgt, manche von ihnen sogar ermordet. Damit muss Schluss sein. Die von der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung unterstützte zivilgesellschaftliche Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ fordert daher u.a. ein Lieferkettengesetz und startete eine Petition an die Regierung. Ein Beitrag von **BETTINA ROSENBERGER**, Geschäftsführerin von NeSoVe (Netzwerk Soziale Verantwortung)

Täglich verwenden wir alle Produkte, die auf Arbeitsausbeutung basieren. Der Griff zum Kaffee ist ebenso mit Arbeitsausbeutung verbunden wie unser Smartphone, das ohne die darin enthaltenen mineralischen Rohstoffe nicht funktionieren würde. In rund 50 % aller Produkte, die es in Supermärkten zu kaufen gibt, befindet sich Palmöl. Die Produktpalette ist breit: von Keksen bis zu Kosmetika. Es sind Produkte, die darauf basieren, dass Arbeiter*innen auf Palmölplantagen ausgebeutet werden und die ihre Gesundheit massiv gefährden. Denn noch immer wird auf Palmölplantagen das hochgiftige Pestizid Paraquat verwendet. In der EU ist Paraquat seit 2007 verboten. Das Pestizid ist zwar auf den Feldern der EU verboten, wird aber noch immer exportiert.

Das Modell der „freiwilligen Selbstverpflichtung“ ist gescheitert

2018 wurden aus europäischen Staaten rund 80.000 Tonnen Pestizide exportiert, die in der EU verboten sind. Für unsere Schokolade schufteten rund 1,5 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen auf den Kakaopflanzungen in Ghana und der Côte d'Ivoire. Seit über 20 Jahren ist die Problematik bekannt, doch geändert hat sich seitdem kaum etwas. Freiwillige Selbstverpflichtungen, wie sie lange Zeit angepriesen wurden, sind gescheitert. Sie konnten weder die Kinderarbeit auf den Kakaopflanzungen beenden noch verhindern, dass Textilfabriken einstürzen oder abbrennen. Der Einsturz der Textilfabrik Rana

Plaza, bei dem im April 2013 über 1.100 Arbeiter*innen in Bangladesch gestorben sind, stellt nur die Spitze des Eisbergs dar. Beim Brand der pakistanischen Fabrik Ali Enterprises im September 2012 starben über 250 Menschen. Arbeitsausbeutung ist in der Textilindustrie noch immer allgegenwärtig. Viele Textilarbeiter*innen bekommen nicht mal den Mindestlohn bezahlt, doch selbst dieser reicht oft nicht aus, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Daher braucht es endlich ein existenzsicherndes Einkommen, das deutlich über dem Mindestlohn liegt.

Es braucht ein Lieferkettengesetz, das Menschenrechte und Umweltschutz sichert

Als im Jänner 2019 der Staudamm in Brumadinho (Brasilien) brach, riss die dadurch ausgelöste Schlammlawine über 270 Menschen in den Tod und kontaminierte den Fluss. Im Jahr 2019 wurden 212 Umweltschützer*innen ermordet, zwei Drittel von ihnen in Lateinamerika. Das bedeutet, dass pro Woche etwa vier Menschen umgebracht wurden, weil sie sich für die Umwelt einsetzten. Damit muss Schluss sein! Menschenrechte brauchen Gesetze! Freiwillige Selbstverpflichtungen sind fulminant gescheitert, nur mit verbindlichen Regeln für Unternehmen können Menschenrechte und die Umwelt geschützt werden. Daher braucht es ein Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU sowie ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten.

Was es braucht für ein taugliches Lieferkettengesetz

Doch damit ein Lieferkettengesetz auch wirklich Menschenrechte und Umweltschutz liefert, muss es wesentliche Bestandteile enthalten. So muss ein Lieferkettengesetz die gesamte Lieferkette abdecken und für alle Sektoren gelten. Zudem muss ein Lieferkettengesetz eine zivilrechtliche Haftung beinhalten. Nur eine zivilrechtliche Haftung stellt sicher, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden auch entschädigt werden. Reine Strafzahlungen gehen an den Staat und stellen keine Abhilfe für Be-



troffene dar. Weiters müssen in einem Lieferkettengesetz menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten verankert sein. Dadurch müssen Unternehmen zuerst eine Risikoanalyse durchführen, bevor sie mit einer wirtschaftlichen Aktivität starten. Sorgfaltspflichten sind somit ein wichtiges Instrument, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden bereits im Vorfeld zu verhindern.

Bestehende und geplante Gesetze

In Frankreich gibt es bereits seit 2017 ein Lieferkettengesetz und in Deutschland stellte die Regierung erst kürzlich einen Entwurf vor. In der Schweiz votierten im Zuge der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative 50,7% der Stimmberechtigten für eine verbindliche Regulierung von Konzernen. Auch im österreichischen Nationalrat wurde ein Antrag zum Lieferkettengesetz eingebracht. Der Wiener Landtag stimmte bereits für ein Lieferkettengesetz und forderte die Regierung dazu auf, aktiv zu werden. Nicht nur im Wiener Landtag, sondern auch

im EU-Parlament stimmte eine überparteiliche Mehrheit für ein Lieferkettengesetz. Der EU-Justizkommissar Didier Reynders kündigte im Vorjahr an, 2021 einen Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz vorzulegen. In diesem Kontext betonte er: „Eine Regulierung ohne Sanktionen ist keine Regulierung“. Im Zuge der europaweiten Kampagne „Unternehmen zur Verantwortung ziehen“ sprachen sich 145.173 Menschen für das Anliegen der Kampagne aus. Es wird erwartet, dass Reynders im Juni 2021 den Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz vorlegen wird. In ganz Europa wird somit gerade darüber diskutiert, wie Menschenrechte und Umweltstandards entlang von globalen Lieferketten besser geschützt werden können und Unternehmen endlich Verantwortung übernehmen müssen.

Unterstützung seitens der Kirche

In einer gemeinsamen Erklärung fordern auch 233 Bischöfe aus 43 Ländern die Einführung von verbindlichen Regeln. Das Schreiben wird von sieben Kardinälen unterstützt, unter anderem auch von Erzbischof Kardinal Schönborn. Auch Papst Franziskus spricht sich für eine verbindliche Regulierung aus: „Es ist notwendig, die nationale und internationale Gesetzgebung zu stärken, so dass sie die Aktivitäten der Konzerne, die den Abbau von Bodenschätzen betreiben, reguliert und es den Geschädigten ermöglicht, den Rechtsweg zuverlässig zu beschreiten.“ Im nachsynodalen Schreiben „Querida Amazonia“ zur Amazonien-Synode wird festgehalten: „Den nationalen oder internationalen Unternehmen, die Amazonien Schaden zufügen und das Recht der ursprünglichen Völker auf ihr Gebiet und seine Grenzen, auf Selbstbestimmung und vorherige Zu-



stimmung nicht achten, muss man den Namen geben, der ihnen gebührt: Ungerechtigkeit und Verbrechen.“

UN-Treaty wäre ein historischer Meilenstein

Auf dem Parkett der UNO wird bereits seit 2015 über das „UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten“ (UN-Treaty) diskutiert. Das UN-Treaty wäre ein historischer Meilenstein, um das Zeitalter der freiwilligen Selbstverpflichtungen zu beenden. Damit der Straflosigkeit von Unternehmen endlich ein Ende gesetzt wird, braucht es somit verbindliche Regeln und zwar auf nationaler Ebene, EU-Ebene und UNO-Ebene.

Kampagne und Petition in Österreich

In Österreich fordert daher die zivilgesellschaftliche Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“, die von NGOs, dem ÖGB und der AK getragen und unter anderem von der ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreichs unterstützt wird, die Regierung zum Handeln auf. Die Petition der Kampagne kann unter www.menschenrechtebrauchenGesetze.at unterschrieben werden. Es ist Zeit für ein Lieferkettengesetz! Nachdem abwarten und Tee trinken, den Arbeiter*innen auf den Teeplantagen nicht hilft, braucht es Politiker*innen, die handeln, und zwar jetzt!



Aktivist*innen der Kampagne für ein Lieferkettengesetz vor einem Modegeschäft in der Wiener Mariahilferstraße

FOTO: INITIATIVE „MENSCHENRECHTE BRAUCHEN GESETZE“

KOMMENTAR



ZUR PERSON

Karl Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war 1983 – 2020 Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und viele Jahre tätig als Unterrichtender an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HIN-GEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ. **FOTO:** ERHARD HOIS

Die Geschichten bewahren

Uns umgeben Waren aus aller Welt. Wer hat sie gemacht? Meist wissen wir nicht einmal woher sie kommen, schon gar nicht unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden. Welche Dienstleistungen sind damit verbunden? Es sind die Produkte von „Namenlosen“, ohne Gesichter, ohne die Geschichte der Menschen, die dahinter stehen. In der Ostererzählung des Evangelisten Johannes erkennt Maria von Magdala den Aufgeweckten erst, als er sie beim Namen nennt: Maria! Erst die Namensnennung bringt die entscheidende Wende, gleichsam eine Rückkehr ins Leben.

Es ist schon mehr als 25 Jahre her: Maria war 16, Bob Marley längst tot, aber sein Song No woman, No cry erklang fast wöchentlich in der KAJ Gruppe. Maria war ein wahres „Raster-Girl“, begeistert davon gab es regelmäßig Diskussionen über die Ungerechtigkeiten dieser Welt. Ganz nach dem Motto: Get Up Stand Up (so der Titel eines weiteren Marley-Songs). Ihre Lieblingsfarben: Rot, Gold (Gelb) und Grün, die Farben der Bewegung (und der äthiopischen Flagge). Rot für das Blut der Märtyrer, Gold für den Reichtum Afrikas und Grün für die Vegetation Äthiopiens und eine Hoffnung auf Rückkehr der aus Afrika als Sklaven verschleppten Menschen. Maria war einfach da! An ihr kam man nicht vorbei.

Eines Tages fragt sie mich, ob ich ihr nicht ein Paar Schuhe machen könnte, natürlich in oben erwähnten Farben. Zunächst reagiere ich nur mit einem Lächeln. Aber sie lässt nicht locker. Aus dem Fragen wird Bitten und dann Drängen. Schließlich stimme ich zu, unter einer Bedingung: Sie muss Geduld aufbringen, denn das Arbeitstempo bestimme ich. Während meiner Lehre hat mir mein Meister zwar Respekt gezollt für die Qualität meiner Arbeit, hat aber auch dazu gesagt, er hoffe, dass ich davon nie existieren muss! Ich war einfach zu langsam. In der Fabrik am Fließband habe ich es anders kennen gelernt. Da gab es nicht die Zeit für Details. Die Handgriffe waren eingeübt und es gab nur richtig oder falsch – und möglichst schnell.

Ich gehe mit Maria ins Lager eines befreundeten Schuhmachers. Wir suchen passendes Leder und ich beginne mein Werk. Langsam werden in meinen Händen Schuhe. Immer wieder halte ich inne und betrachte was da entsteht, begleitet von den Gedanken an Gespräche mit Maria, an ihren Freiheitsdrang aus einer schier ausweglosen sozialen Lage. Der Vorgang ist mehr als die bloße Herstellung von Schuhen. Es dauert auch wirklich mehrere Wochen. Endlich ist der letzte Handgriff getan und das fertige Paar steht noch eine Woche auf meiner Werkbank – zum Anschauen. Heißt es nicht auch in der Schöpfungsgeschichte „... und er sah, dass es gut war“? Die Übergabe in der KAJ-Runde war ein Fest: Ihre Schuhe, etwas Besonderes in vielerlei Hinsicht.

Vor kurzem traf ich Maria wieder. Seit Jahren hatten wir uns nicht gesehen. Wir erzählten wie es geht, sprachen über Familie und Arbeit. Ich fragte nach den Kindern, die ja schon erwachsen sind und auch nach den Schuhen, ob es sie noch gibt? „Na klar!“ war ihre Antwort.

Wenn ich mir heute Material für Schuhe besorge, dann ist allein dies um ein Vielfaches teurer als manch fertiges Paar. Erzeugt wo? Von Wem? Mit wie vielen Kilometern unter der Sohle? Die Transportkosten sind viel zu niedrig und ermöglichen Produktionen unter unmenschlichen Bedingungen. Das Gerben des Leders unterliegt bei uns strengen Umweltauflagen, wie passiert es in anderen Kontinenten? Freuen mag ich mich vielleicht darüber, dass sie billig sind. Aber es sind Unbekannte, ohne Geschichte, anonym. Die Schuhe haben eben einen Preis, aber keine Namen!

Doch wir müssen die Geschichten der Menschen erzählen, von den Frauen und Männern, möglicherweise auch Kindern. Wir müssen ihre Namen nennen. Sie dürfen uns nicht verloren gehen in weltweiten ungerechten Handelsabkommen. Rot muss sich verändern zur Farbe der Nächstenliebe und des Respekts, um den Menschen den Reichtum ihrer Länder selbst zu überlassen (Gold) und Grün möge zur Hoffnung auf ein besseres Leben werden.

Zum Tag der Arbeit und Tag der Arbeitslosen 2021

Kirche ist gefragt, das Modell der „Sozialökonomie“ ein Ansatz

Das Jahr 2021 hat mit einer Rekordarbeitslosigkeit begonnen. Noch nie waren in der zweiten Republik mehr Menschen ohne Arbeit als zu Beginn des Jahres 2021. Eine erste Entspannung wird erst das schrittweise Ende der – wirtschaftlichen - Einschränkungen bringen. Die schweren wirtschaftlichen Verwerfungen durch die Corona-Pandemie zeigen sich bei vielen Menschen und Familien konkret am Verlust des Arbeitsplatzes. **BERNHARD SCHWARZENEGGER**, Fonds für Arbeit und Bildung der Diözese Graz – Seckau, zum Tag der Arbeit und Tag der Arbeitslosen 2021, reflektiert die gegenwärtigen Problemstellungen und präsentiert das Modell der „Sozialökonomie“ als Instrument im Umgang mit Arbeitslosigkeit.

Für viele der von Arbeitslosigkeit Betroffenen gibt es nach Ende der Corona - Einschränkungen wieder gute Chancen, Arbeit zu finden. So wird etwa mit Öffnung der Gastronomie und Beherbergungsbetriebe der Bedarf an Mitarbeiter*innen steigen.

Betroffene müssen aber während der Zeit der Arbeitslosigkeit mit ca. 55 % des vorigen Einkommens, das sie als Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bekommen, über die Runden kommen. Bei gleichbleibenden Fixkosten ist das für viele eine große Herausforderung. Besser haben es jene, die in Kurzarbeit sind – sie behalten ihren Arbeitsplatz, arbeiten je nach Bedarf und bekommen rund 80 % des vorigen Verdienstes. Eine gewisse Zukunftssorge bleibt aber auch hier.

Ein besonderes Sorgenkind innerhalb der Gruppe der arbeitslosen Menschen sind all jene, die bereits länger als ein Jahr beim AMS arbeitsuchend gemeldet sind und es schon vor Corona schwer hatten, Arbeit zu bekommen. Die Gründe für lange Arbeitslosigkeit liegen oft in gesundheitlichen Einschränkungen, dem Alter oder nicht ausreichender bzw. nicht gefragter Qualifikation.

In Zukunft wird sich auch die durch Corona beschleunigt voranschreitende Digitalisierung auf Arbeit und Arbeitslosigkeit auswirken. Viele Tätigkeiten werden wegfallen – etwa durch digitale Preisschilder in Supermärkten oder wartungsärmere E-Autos. Andererseits

wird eine Fülle von Tätigkeiten neu entstehen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Hätte zum Beispiel vor zehn Jahren jemand gedacht, dass es eine*n Social-Media-Beauftragte*n in der PR-Arbeit geben wird?

nicht gebraucht werden? Mit unseren Fragen lenken wir die Aufmerksamkeit auf die (oft benachteiligten) Menschen und fordern Antworten ein.

Auch der jüngste Pfingsthirtbrief¹ der österreichischen Bischöfe spricht



FOTO: KALHH | PIXABAY

Wir als Kirche sind gefragt

Angesichts dieser Entwicklungen sind auch wir als Kirche gefragt! Der menschlichen Würde und Entfaltung verpflichtet, müssen wir z.B. fragen: Haben alle Menschen gesellschaftliche Teilhabe? Können sie von ihrer Arbeit leben? Ermöglichen die Arbeitsbedingungen ein gutes und planbares Arbeits- und Familienleben und ausreichende soziale Absicherung? Und was brauchen jene, die von der Wirtschaft

von einem längst notwendigen, neuen Ausverhandeln der Verteilung von vorhandener Arbeit und lädt ein, über ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen zu diskutieren.

Die Idee von der „Sozialökonomie“

Der Fonds für Arbeit und Bildung – als Arbeitslosenfonds von Bischof Johann Weber 1988 gegründet - beschäftigt sich in dieser Frage mit der Idee einer „Sozialökonomie“. Sie soll es er-

möglichen, dass jenen Menschen, die in Zukunft von der Wirtschaft dauerhaft nicht nachgefragt werden, eine staatlich unbefristet geförderte Arbeitsstelle angeboten wird. Dies würde gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit ermöglichen und Betroffenen ein selbst verdientes Einkommen statt einer rein monetären Transferleistung, die die Gefahr einer Stigmatisierung² birgt, bringen. Arbeit gibt es in Bereichen, die sich nicht gewinnorientiert führen lassen, aber für die Gesellschaft wichtig und sinnvoll sind. Etwa als Besuchs- und Einkaufsdienst für ältere und einsame Menschen, bei gemeinnützigen Vereinen oder in der Landschaftspflege. Wie eine Studie der

Uni Linz³ für ein einzelnes Projekt untersucht hat, ist es volkswirtschaftlich durchaus interessant, solche Arbeitsplätze zu finanzieren: Man erspart sich Transferleistungen, wie z.B. Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld und hat auf der anderen Seite Einnahmen durch Steuerleistung und Sozialversicherung. Man generiert auch einen Wert durch die erbrachte Arbeitsleistung. Zudem sind Arbeitende tendenziell gesünder, gesellschaftlich integrierter und sozial stabiler, als Menschen ohne Arbeit.

1 Für eine geistvoll erneuerte Normalität. Hirtenwort der österreichischen Bischöfe zum Pfingstfest 2020, hg. vom Generalsekretariat der österreichischen Bischofskonferenz.

2 vgl. bes. zu „Stigmatisierung“ und „soziale Teilhabe“ Jörg Flecker, #democratizingwork, in: ZeitZeichen. Magazin der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung Österreich, Nr. 4., 65. Jahrgang, November 2020. S.4-6.

3 IBE Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung an der Universität Linz, Thomas Lankmayer, Karl Niederberger, Sandra Riegler: Social Return on Investment (SROI) am Beispiel der Basar GmbH, im Auftrag des AMS Oberösterreich, Linz 2015.

MEHR INFOS

Näheres zum Fonds für

Arbeit und Bildung:

www.katholische-kirche-steiermark.at/fonds-fuer-arbeit

Solidarisch gegen die Krankheit Erwerbsarbeitslosigkeit

Radikale Solidarität und ein gutes Leben für alle sind möglich

„Das Soziale ist die beste Medizin“¹ lautete der Vortrag von Ilona Kickbusch im Dezember 2000 auf dem Public-Health-Kongress Armut und Gesundheit in Berlin. Spüren wir den Potenzialen nach, die in diesem Satz verborgen liegen, entdecken wir erste Handlungsanweisungen auf dem Weg zu einer resilienten Demokratie. Ein Beitrag von ARNO NIESNER.

Wenn wir gesellschaftlich mitverursachte „Krankheiten“ wie jene der Erwerbslosigkeit vermeiden, lindern oder gar heilen können, warum tun wir es dann so unzureichend? Was hindert uns als staatsbildend-politische Wesen daran, unsere Nächsten, die mitunter auch unsere Geschwister sind oder sein können, mitzunehmen auf unserer Reise zu mehr Wohlstand? Stattdessen schauen wir seit Jahrzehnten zu, wie beispielsweise Vollbeschäftigung als Ziel und Aufgabe österreichischer Bundesgesetze zunehmend missachtet wird. Dasselbe Schicksal ereilt das Kindeswohl. Irmgard Griss stellte in diesem Zusammenhang am 11. April des Jahres mit Nachdruck fest: „Das ist eines der großen Probleme, dass wir zwar diese verfassungsmäßig abgesicher-

ten Kinderrechte haben, aber unten bei den Kindern selbst kommt wenig davon an.“²

Bereits nach wenigen Monaten ohne Erwerbsarbeit steigt die Armutgefährdungsquote³ (S 17) und damit die Wahrscheinlichkeit zu erkranken⁴ deutlich an. Abgesehen von den psychischen und körperlichen Leiden wird so auch die Abgaben entrichtende Solidargemeinschaft belastet. Zudem kann es passieren, dass Betroffene mitunter in die Obdachlosigkeit gestürzt werden. Diese schreckliche Form sozialer Ausgrenzung muss nicht sein: erfolgreich umgesetzte „Housing First“-Konzepte⁵ in Finnland zeigen, dass die Gemeinschaft der Steuerzahlenden günstiger damit fährt, Obdachlosen (am besten inklusive) Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Der Kampf für ein verfassungsmäßig geschütztes Kindeswohl im jeweils einzelnen Bescheid und jener gegen eine immer krasser wütende Erwerbslosigkeit können gewonnen werden. Davon würde auch die Mittelschicht profitieren, denn in den letzten Jahrzehnten wurde es „für wachsende Gruppen der Bevölkerung [immer] schwieriger [...], dauerhaft Einkommen zu lukrieren, das über das bloße Überleben hinausgeht und gesellschaftliche Teilhabe“⁶ ermöglicht.

Erfolge erzielen werden wir nur gemeinsam. Dazu bedarf es „eines radikalen Konzeptes von Solidarität“, das „geradezu auf Differenzen“ basiert. Radikale Solidarität „setzt voraus, dass es gerade nicht geteilte – ökonomische, kulturelle, politische – Grundlagen gibt und dass dieses Trennende



FOTO: FREEPIK | GPOINTSTUDIO

temporär überwunden werden kann.“⁷ (S 138) Dabei schließen Lea Susemichel & Jens Kastner jene mit ein, die aufgrund der selektiven Responsivität⁸ in der Gesetzgebung das letzte Wort haben: „An diesem Glauben daran, dass auch mächtige und privilegierte Menschen sich von Dominanzkulturen distanzieren können, müssen wir unbedingt festhalten.“⁷ (S 140)

Wird diese Sichtweise zur gelebten Praxis in der Zivilgesellschaft, in den Institutionen der Selbstverwaltung und in allen Einrichtungen, die ein gutes Leben für alle anstreben, dann werden wir erfolgreich sein im Kampf gegen soziale Krankheiten.

Anmerkungen

1 Ilona Kickbusch: Das Soziale ist die beste Medizin. in: Armut und Gesundheit 2000, Do-

kumentation, Berlin, Verlag Gesundheit 2001
2 Irmgard Griss im Interview von Martin Thür in der ORF-Sendung Zeit im Bild 2 am Sonntag, 11. 4. 2021

3 Peter Stoppacher, Manfred Saurug: Armut in der Steiermark – eine Bestandsaufnahme in unterschiedlichen Bereichen. Eine Studie im Auftrag des Landes Steiermark, 2018, S 17

4 Andreas Mielck: „Die kausale Richtung ‚Armut macht krank, [...] ist für die Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit wichtiger als die kausale Richtung ‚Krankheit macht arm‘ [...]“, S 135, in: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Belege für die zentrale Rolle der schulischen und beruflichen Bildung. Brähler, Elmar [Hrsg.]; Kiess, Johannes [Hrsg.]; Schubert, Charlotte [Hrsg.]; Kiess, Wieland [Hrsg.]: Gesund und gebildet. Voraussetzungen für eine moderne Gesellschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2012, S. 129-145

5 Siehe <https://kontrast.at/housing-first->

[finnland-obdachlose](https://www.igkultur.at/artikel/prekaere-arbeit-prekaeres-leben)

6 Roland Atzmüller: Prekäre Arbeit, prekäres Leben? <https://www.igkultur.at/artikel/prekaere-arbeit-prekaeres-leben>, 8. 2. 2019

7 Jens Kastner, Lea Susemichel: Identitätspolitik. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Münster: UNRAST, 2020

8 Lea Elsässer et al.: „Was Bürger_innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollten, hatte in den Jahren von 1998 bis 2015 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden.“ in: „Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“. Z Politikwiss (2017) 27:161–180, S 177

Arbeitslosengeld rauf!

Initiative für ein Volksbegehren

Unter dem Titel „Arbeitslosengeld rauf!“ trifft eine österreichische Initiative derzeit Vorbereitungen zur Einleitung eines Volksbegehrens. Unter <https://www.arbeitslosengeld-rauf.at> finden sich Statements einer Reihe von Proponent*innen für das Volksbegehren, darunter KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser: „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessene existentielle Absicherung. Arbeitslosigkeit darf nicht arm machen - das widerspricht der Menschenwürde und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie.“



IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaeo.at
Geschäftsführerin: Mag.^a Gabriele Kienesberger **Chefredakteurin:** Mag.^a Elisabeth Ohnemes **Redaktionsteam:** Martin Hohegger, Mag.^a Gabriele Kienesberger, Mag.^a Anna Wall-Strasser **Verwaltung/Anzeigen:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at
Lektorat: Mag.^a Wilhelmine Deschberger, Brigitte Helm **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Hinweis: Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen?

Informationen über Anzeigengrößen und Anzeigenpreise erhalten Sie im Büro der KABÖ.

Die Arbeiterschaft und eine dem Faschismus zugeneigte Kirche

Martin Jäggle zu zwei Publikationen zum Thema „Kirche und Sozialdemokratie“

„Was kümmern mich lange vergangene Zeiten!“, sagen zu viele, wenn wieder einmal Themen aufkommen, die sie für erledigt halten und damit nicht mehr belästigt werden wollen. Doch offensichtlich ist das Vergangene nicht vorbei, sonst würde es nicht immer wieder hochkommen. So ein Thema ist Kirche und Sozialdemokratie in der 1. Republik. Zwei voneinander völlig unabhängige Publikationen, die Originalquellen zugänglich machen und kommentieren, ermöglichen einen vertieften Einblick in dieses Thema.

Das eine ist die Streitschrift des „Chefideologen“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAPÖ), Otto Bauer, „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“ aus dem Jahre 1934, umfassend kommentiert und im ÖGB-Verlag 2021 herausgegeben von Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand. Der Anlass war das Auffinden des Originalmanuskriptes von Otto Bauer im Archiv der Sozialistischen Internationale in Amsterdam. Als Zeitdokument kann es „zum Verständnis des jahrhundertelangen Ringens zwischen Aufklärung und Moderne, Demokratie und Rechtsstaat einerseits und einer rechtsextremen, rückwärtsgewandten, anti-partizipatorischen und anti-emanzipatorischen Gedankenwelt“ (S.9) dienen. Otto Bauer schrieb damals unmittelbar nach den Februarkämpfen, wie die Versuche, die katholische Kirche als Vermittlerin gegenüber der „Diktatur Dollfuß“ zu gewinnen, erfolglos waren: „Aber der päpstliche Nuntius in Wien und die katholischen Bischöfe Gföllner und Waitz drängten die Regierung weiter auf der Bahn zum Faschismus hin. Jetzt sei der richtige Augenblick, die gottlose Sozialdemokratie abzutun und aus Österreich einen katholischen autoritären Staat, ein Zentrum der katholischen Restauration in Mitteleuropa, zu machen.“ (S.49)

Das andere Werk ist ein Sammelband „Katholische Kirche und Sozialde-



mokratie. Ein (selbst-)kritischer Blick auf Geschichte und Gegenwart“, im Wagner Verlag 2021 herausgegeben von Franz Gmainer-Pranzl, Martin Jäggle und Anna Wall-Strasser. In einem Beitrag analysiert der Historiker Johann Weissensteiner die Berichte der österreichischen Bischöfe an Papst Pius XI. in der Zeit der 1. Republik und fasst seine Ergebnisse zusammen: „Doch nicht nur der politische Gegner, die Bischöfe selbst identifizierten die katholische Kirche in Österreich weitgehend mit der Christlichsozialen Partei. (...) Als Seuche (lues), als Verbreiter eines verderbenbringenden Giftes, als Häresie, als Sekte werden Sozialismus und Sozialisten in den Berichten der österreichischen Bischöfe an Papst Pius XI. beschimpft bzw. bezeichnet. An keiner Stelle ist davon die Rede, dass die Menschen, die politisch Anhänger der Sozialdemokraten waren, dennoch auch der Seelsorge der Bischöfe und ihrer Priester anvertraut waren.“

Dass es damals auch ganz andere Stimmen in der katholischen Kirche gab, macht Weissensteiner an Michael Pfliegler, dem Mitbegründer eines Gesprächskreises von Katholiken und Sozialisten, deutlich: „Man [...] mag den Marxismus als wissenschaftliches System widerlegen, nur der Prediger, der Seelsorger darf nie übersehen, dass hinter diesem System ein ganz unmittlbarer, unaustilgbar hungernder Schrei nach wirklicher Erlösung ruft. Und der lebt täglich neu auf im Hunger, in der Kälte der Proletarierwohnung, in dem Ausgeliefertsein, in der Sorge um die Zukunft.“ Pfliegler verlangte als Priester: „Jede, und vor allem die landläufige, unglaublich leichtfertige, vor allem die politische Gegnerschaft von Seiten des Seelsorgers muss unterbleiben.“

KAB Wien und ihre Zukunftsprojekte



Zum DIÖZESANTAG am Samstag, 18.9.2021, 10-17 Uhr, im Pfarrheim Perchtoldsdorf lädt die Diözesanleitung herzlich ein!

Neben Rechenschaftsberichten und Neuwahl der Diözesanleitung, steht die Präsentation der KAB Zukunftsprojekte im Mittelpunkt. Wir freuen uns auf Austausch und gemeinsames Feiern!

**Buchpräsentation:
Die Kirche, die Arbeiterschaft und
der Faschismus**

Dienstag, 21.9.2021, um 19 Uhr
im BZ St. Bernhard, Wiener Neustadt



Werner Anzenberger (Hg.): *Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter*

mit anschließendem Gespräch zwischen dem Juristen u. Historiker Werner Anzenberger und dem Theologen Martin Jäggle.

Moderation: Günter Kaindlstorfer, Journalist und Kulturkritiker

Otto Bauer (1881-1938) hat die österreichische Sozialdemokratie in der Ersten Republik geprägt. Er war Mitbegründer des Austromarxismus und verstand sich als Demokrat ebenso

wie als revolutionärer Wegbereiter des Sozialismus. Nach dem unglücklichen Aufstand gegen die austrofaschistische Diktatur schrieb er im Exil die Broschüre „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“. Die Herausgeber (Werner Anzenberger, Anja Grabuschinig, Hans-Peter Weingand) geben diese Schrift, aufgefunden in Amsterdam im Archiv der Sozialistischen Internationale, neu heraus und kommentieren Bauers Darstellung im Lichte der aktuellen historischen, juristischen und politikwissenschaftlichen Erkenntnisse und Debatten.

Prof. MMag, DDr. Werner Anzenberger (Hrsg.), Bereichsleiter für Recht, Sozialpolitik und Außenstellen der AK Steiermark

20 Jahre Welthaus Wien – Jubiläumsfest mit Symposium zu 50 Jahre Befreiungstheologien

Befreiungstheologie heute: Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Krisen

Donnerstag, 16. September 2021, 16:30-21:00 Uhr, Don Bosco Haus, Wien

Was bedeutet die „Option für die Armen“ konkret angesichts der Klimakrise und zunehmender globaler Ungleichheiten? Wie können wir uns in den Pfarrgemeinden vernetzt mit der Zivilgesellschaft engagieren?



Jan Niklas Collet
FOTO: PRIVAT

Jan Niklas Collet (Theologe und Aktivist in Deutschland), Jonathan Scalet (ehrenamtlicher Vorsitzender Welthaus Wien), Magdalena Kraus (Sozialwissenschaftlerin) und Magdalena Holztrattner (Theologin und Armutsforscherin) diskutieren Antworten und mögliche Handlungsperspektiven.

Eine Veranstaltung im Rahmen von 130 Jahre Katholische Soziallehre.



Detaillierte Einladung:

<https://www.ka-wien.at/site/welthauswien@welthaus.at>, 01/51552-3353

Solidarisch wirtschaften: Zwei neue Publikationen

Solidarisch wirtschaften - das meint Initiativen und Betriebe, die demokratisch und nachhaltig handeln. Sie reichen von der lokalen bis zur globalen Ebene: kooperative Supermärkte, Kostnixläden, Genossenschaften, Betriebe im Eigentum ihrer Mitarbeiter*innen etc. Für Interessierte gibt es jetzt zwei neue Publikationen, die dabei unterstützen, solidar-ökonomische Initiativen und Betriebe aufzubauen. Entstanden im Rahmen des Erasmus+Projekts BUSSE, an dem die ksoe 2018-2021 mitgewirkt hat. Kostenfrei unter: https://www.ksoe.at/publikation_busse

Mehr für Care: Die Kampagne „für eine Wirtschaft, die für alle sorgt“ startet am 29. Mai

Pflegfachkräfte, Pädagog*innen, Handelsangestellte, Allein-erzieher*innen – während der Pandemie sind sie in den Fokus öffentlicher Debatten gerückt; weil sie die „Krise stemmen“, weil sichtbar geworden ist, was schon immer da war: Frauen leisten den weit überwiegenden Teil der unbezahlten Care-Arbeit und einen Großteil schlecht bezahlter Arbeit, die es braucht, damit Menschen mit dem Notwendigsten versorgt sind. Jetzt haben sich Frauenorganisationen zusammengeschlossen – darunter „femme fiscale - Netzwerk für eine gen-

dergerechte Budget- und Finanzpolitik“, WIDE, Plattform 20.000 Frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Gewerkschaftsfrauen, ÖPA – Österreichische Plattform Alleinerziehender, Salzburger und Grazer Frauenrat, OBRA – one billion rising -, um aufzustehen: am 29. Mai treten sie mit öffentlichen Aktionen u.a. in Graz, Wien, Salzburg, Mödling auf für mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Care-Berufen, für eine gerechte Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit, für eine Wirtschaft und ein Steuersystem, die qualitative Sorgearbeit zum Wohle aller sicherstellen. Am 19. Juni gibt es österreichweit weitere Aktionen.

Nähere Infos zu den geplanten Aktionen, Materialien sowie Informationen für Personen, die am 29. Mai oder am 19. Juni mit einer eigenen Aktion das Anliegen unterstützen wollen unter www.mehrfuer-care.at (in Wien wird die kfb im Rahmen der „Langen Nacht der Kirchen“ bereits am 28.5. mit einer Aktion beim Stephansdom auftreten)



Die soziale Schwangerschaft der katholischen Kirche

Leserbrief von Hans Gruber zum Beitrag von Karl Immervoll „130 Jahre Rerum novarum“ in ZZ 1/2021

Wenn man Geburtstag hat, soll man sich die Festtagsuppe nicht versalzen. Diesem vernünftigen Grundsatz folgt in der Märznummer des „ZeitZeichen“ Karl Immervoll. Er sucht in liebevoller Weise mühsam die Rosinen im sozialen Geburtstagskuchen der Katholischen Kirche. Das langsame Erwachen des sozialen Gewissens vergleicht er mit einer Schwangerschaft. Um im Bild zu bleiben: Es war eine Eileiterschwangerschaft.

Man kann es betauern oder bewundern: Die Katholische Kirche war und ist eine konservierende Organisation. Die fortschrittlichen kreativen Elemente in ihr waren fast ausschließlich die Ketzer- oder jene, die von ihr dazu gemacht wurden.

Immervoll führt eine Reihe sozial wacher Köpfe der Kirche an, die in der Arbeiterfrage engagiert waren: Kettler, Kolping... Sie waren durch die Bank gute Diagnostiker. Sie haben das Problem erkannt und in beachtlicher Schärfe analysiert. Sie leiden aber durchwegs an der katholischen Therapieschwäche: Ihre Rezepte fußten auf Mildtätigkeit und rückwärtsgewandten Vorschlägen: die Armen unterstützen, die Gewerbetreibenden und Gesellen „retten“ und alle in kirchlichen Vereinen organisieren. Sie haben nicht erkannt, dass eine neue Wirtschaftsepoche angebrochen war, die nicht mehr umkehrbar war. Und doch wollte man das Alte retten.

Die „beachtlichen“ ersten beiden Enzykliken (1891/1941) wollen die Proletarier „abschaffen“. Die Sozialisten und Kommunisten wollen die Proletarier emanzipieren! Das ist der fundamentale Unterschied der beiden Konzepte.

Vom Wiener Kardinal Ganglbauer (+1889), der ein offenes Ohr für soziale Fragen hatte (er segnete die Gründung der Kongregation der Kalasantiner ab!) ist der Ausspruch überliefert: „Die Sozialisten wollen die Arbeiter gesetzlich unterstützen. Da kommt es so weit, dass sie für milde Gaben nicht mehr danke sagen!“

Die Deutschen Bischöfe haben 1910 in Rom angefragt, ob sie ihren Gläubigen erlauben sollen Christlichen(!) Gewerkschaften beizutreten. Rom hat das bis auf Widerruf erlaubt. Das Antwortschreiben aus Rom endet mit dem Satz: „Wir hegen das Vertrauen, dass sie (die Arbeiter) durch brüderliche Liebe und vollkommenen Gehorsam gegen Uns und gegen ihre Oberhirten vollständig und freudig ausführen, was Wir befehlen(!)“ Das ist weder mildtätig noch demokratisch.

Pius XI (+1939) war ein autoritärer Typ. Legendär ist seine Aburteilung des Sozialismus. Ebenso schlimm ist seine Empfehlung des „Ständestaates“. Die Umsetzung seiner Theorie haben wir in Österreich leidvoll erlebt. Er ist auch der „Erfinder“ der Katholischen Aktion. Durch die emanzipatorische Entwicklung in Österreich nach 1945 wurde Gott sei Dank nicht sichtbar, dass sie eigentlich der Versuch kirchenobriger Vereinnahmung der Laien war.

Mit Johannes XXIII begann eine Serie „aufseherregender“ Enzykliken. Doch auch in ihnen zieht sich der rote Faden einer deutlichen Gesellschaftskritik durch, die im Goodwill endet. Dem folgen dann Änderungsrezepte, die immer einen „Dritten Weg“ suchten. Das Wort

„SOLIDARITÄT“ liest man übrigens erstmals in einer Enzyklika des Polnischen Papstes nachdem er „Solidarnosc“ erlebt hatte.

Die eigentliche Revolution tritt Papst Franziskus los. Seine Äußerungen treffen nicht nur ins Schwarze, sondern geben auch den Platz an, wo Christen zu stehen haben. Er versucht keinen Weg, der sich konfliktfrei zwischen den Fronten durchschwindelt. Wenn „diese Wirtschaft tötet“, dann ist klar, dass man nicht auf der Seite der Mörder stehen kann. Natürlich hat auch dieser Papst keine Veränderungs-Lobby hinter sich. Aber Er hat wenigstens eine Zukunftsvision, die diesen Namen verdient. So dürfen wir hoffen, dass nach einer 130jährigen Schwangerschaft endlich ein lebensfähiges Kind entbunden wird.



Hans Gruber war von 2003 bis 2009 Bundesseelsorger der KABÖ und hat in dieser Funktion regelmäßig für ZeitZeichen geschrieben.

Wer ist denn die Kirche?

Replik von Karl Immervoll auf den Leserbrief von Hans Gruber

Lieber Hans,

Es ist nicht einfach auf 2 Seiten einen Überblick zu 130 Jahre Soziallehre zu schreiben.

Da kommt notwendiger Weise manches zu kurz.

Aber ich gebe dir Recht: Man könnte die Geschichte der Soziallehre der Kirche auch als Verrat an den Arbeiter*innen schreiben. Die Amtskirche tat sich in der Regel schwer mit ihnen.

Auch der immerwährende Konflikt mit allen Varianten des Sozialismus wäre eine Möglichkeit. Ich hatte einen Onkel, der sich zu den religiösen Sozialisten bekannte. Von ihm weiß ich, dass sie auf Anerkennung hofften. Aber die Erklärung von Quadragesimo anno, dass Katholik und Sozialist sein nicht geht, war ein Schock: Enttäuschung, Zorn und Resignation war die Reaktion.

Auch als Versuch, sich zu befreien aus dem Machtgefüge von Bürgerlichen, Faschisten oder der ÖVP könnte diese Geschichte beschrieben werden. Zwar haben die österreichischen Bischöfe nach dem Krieg in der Mariazeller Erklärung von Äquidistanz zu den politischen Parteien gesprochen, doch die Realität war eine andere. Als Kardinal König den Dialog mit Bruno Kreisky aufnahm, wurde er als Roter Kardinal bezeichnet. Zwischen Bischof Rusch (damals Sozialbischof) und Herwig Büchele (damals Leiter der ksoe) gab es einen geharnischten Briefverkehr, weil die Sozialakademie sich aus der Umklammerung der ÖVP löste. Sie hat das noch im vorigen Jahr mit ihrer Auslöschung zu spüren bekommen.

Ich lege noch was drauf: Die Kirche selbst tat sich schwer mit ihrer eigenen Soziallehre. Da hat doch glatt eine Bischofssynode in Rom 1985 die Frage gestellt, ob denn das Subsidiaritätsprinzip für die Kirche überhaupt gilt, steht es doch der hierarchischen Ordnung entgegen. Oswald v. Nell-Breuning nahm sich drum an, aber es interessierte in Wirklichkeit niemanden. Betriebsrät*innen in der Kirche können ein Lied davon singen, weil sie ständig an die Grenzen der Mitbestimmung stoßen.

Aber, ich stimme dir nicht zu in der Bewertung der ersten beiden Enzykliken (ich verweise auf Severin Renoldner und Arnold Niesner im letzten Heft von Zeitzeichen). Sie müssen im Kontext der Zeit gelesen werden. Und was heißt also: die Proletarier „abschaffen“? Korrekt gesehen müsste das doch heißen: Die soziale Frage lösen! Das haben wir bis heute nicht, obwohl wir das Wort nicht mehr gebrauchen. Wir verstecken das Elend von Menschen hinter Konsumbergen. Die Sozialmärkte, genährt vom Überfluss der Einkaufstempel, vermehren sich. Doch es spricht niemand vom Skandal, dass es in unserer Mitte mehr und mehr Menschen gibt, die sich normales Einkaufen nicht mehr leisten können. Noch viel schlimmer weltweit. Und da gebe ich dir wieder Recht, dass wir nun einen Papst haben, der nicht müde wird das anzuklagen. Man möchte ja meinen, ein Ruck muss durch die Kirche gehen. Doch keine Sorge: Es bleibt alles ruhig!

Aber ich stelle dir auch die Frage, wer ist denn die Kirche? Die Bischöfe und Päpste? Haben da nicht wackere Leute dafür gekämpft, dass Kirchenobere zu-

mindest diese Aussagen gemacht haben? Erwinnere dich an den Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe 1990.

Der wäre nie entstanden, wären nicht viele – vor allem aus der KAB – dafür gelaufen.

Es war unser Anliegen, dass sich die Bischöfe Österreichs zur sozialen Frage äußern.

Und waren wir damit zufrieden? Nein! Trotzdem zitieren wir ihn! (falls ihn überhaupt noch wer kennt!)

Die einzelnen Schreiben waren selten die Anliegen der Päpste oder auch Bischöfe, sondern der Frauen und Männer in der 4. und 5. oder 11. Reihe ... Und auf diese Kirche bin ich schon stolz, aus Achtung vor allen, die dafür gekämpft, dass es so etwas wie eine Soziallehre in dieser Kirche überhaupt gibt, auf die wir uns auch berufen dürfen. Die einzelnen Dokumente müssen trotzdem als Kind der jeweiligen Zeit gesehen werden. Das wollte ich beschreiben.

Ganz herzlich, Karl



Danke, Danke...

Leserbrief von Helmut Auinger, Diakon, 4722 Peuerbach

... dem Redaktionsteam für die tolle Ausgabe März 2021 zum Thema „Rerum novarum“.

So fundiert und gut aufbereitet wird man selten in einem Medium über ein Thema informiert. Besonders angetan, ohne die anderen Artikel schmälern

zu wollen, bin ich vom Artikel von Severin Renoldner. Dieser Artikel ist geeignet, allen Vertreterinnen und Vertretern der Politik, besonders denen aus der ehemaligen christlichen Partei ÖVP zum Studium empfohlen zu werden. Sozialpolitik fängt unten an. Auch die politischen Vertreter auf

Orts-, Bezirks- und Landesebene sind aufgerufen, es sich nicht in der Funktionalitätshängematte gemütlich zu machen, sondern die sozialen Probleme gezielt anzugehen. Die regelmäßige Lektüre von „ZeitZeichen“ wäre ein geeignetes Instrument dafür.

Ernst Pöschl zum Abschied

Der längst gediente KAJ- und KAB-Diözesanseelsorger hat seine Pension angetreten

Msgr. Dr. Ernst Pöschl, der längst gediente KAJ- und KAB-Diözesanseelsorger in Österreich, hat im Jahr 2020 im Alter von 86 Jahren seine Pension angetreten. Seit 1964 begleitete er die KAJ und seit 1965 die KAB als Geistlicher Assistent. Nach seiner Lehrer-Ausbildung war er daneben von 1973 bis zum Jahr 2000 als Religionslehrer der Landesberufsschule und HLA für wirtschaftliche Berufe in Eisenstadt tätig. Seine Sorge galt daher besonders den Jugendlichen. Dies veranlasste ihn 1985 die Jugendwerkstätte und später die Integrative Ausbildung für arbeitslose Mädchen zu installieren. Auch den Burgenländischen Pendler*innen in Wien galt sein Einsatz. Von 1967 bis 2018 war er in Wien für das Burgenländische Arbeiter*innenwohnheim verantwortlich. Damit auch berufstätige Mädchen in Wien eine billige Unterkunft haben, gründete er 1969 sechs entsprechende Wohngemeinschaften an diversen Standorten.

Das Leben von Ernst Pöschl ist geprägt vom Gründer der KAJ, Kardinal Joseph Cardijn.

Er gründete 2003 die Gemeinschaft Joseph Cardijn, welche am Talhof am Semmering zu vielen Veranstaltungen einlud.

Die Liste seiner Tätigkeiten ist sehr lang, die letzten Jahre galt sein Einsatz den Gefangenen - die Seelsorge für diese Menschen war ihm sehr wichtig.

Wir gratulieren „Ernst“, wie ihn alle nennen dürfen, im Nachhinein zu seinem 60-jährigen Priesterjubiläum im

Jahr 2020 und danken für sein großartiges Engagement für die KAB.

Hildegard Weinreich, ehem. Diözesanleiterin der KAB Eisenstadt

Die KABÖ und ZeitZeichen schließen sich dem Dank der burgenländischen KAB an. Ernst Pöschl hat viele Jahre die theologische Kolumne in ZeitZeichen mit aktuellen Beiträgen gestaltet. Herzlichen Dank und alles Gute für die kommenden Jahre!



FOTO: DIÖZESE EISENSTADT

Soziallehre braucht Sozialbewegungen

Wachsende Ungleichheit verlangt Handeln auf Basis von Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung

„Die soziale Frage heute“ lautete der Titel der Tagung, zu der KABÖ, Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) und Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen u. Gewerkschafter (FCG) anlässlich „130 Jahre Katholische Soziallehre“ am 12. Mai 2021 online geladen hatten. „Navigieren in stürmischen Zeiten: Welche Orientierung bietet die Katholische Soziallehre?“ fragten die Veranstalter*innen im Untertitel – im Folgenden die Antwort, die KABÖ-Vorsitzende ANNA WALL-STRASSER in ihrem Schluss-Statement gegeben hat.

Der Stellenwert der Katholischen Soziallehre zeigt sich an ihrer Wirksamkeit. Wenn wir uns heute mit ihr beschäftigen, geht es daher nicht vorrangig darum, sie zu feiern, sondern als Christ*innen unsere Verantwortung für eine gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wahrzunehmen. Papst Franziskus hat in Fratelli tutti explizit formuliert: Universale Geschwisterlichkeit ist der Leitgedanke für eine entsprechende politische Ordnung.

Die KABÖ ist der Grundmethodik ihres Gründers Joseph Cardijn Sehen, Urteilen und Handeln verpflichtet. Der genaue Blick auf die Realität zeigt eine wachsende Ungleichheit in Österreich und weltweit, verstärkt durch die Pandemie.

In der Arbeitswelt erleben wir massive Spaltungen:

- Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Menschen haben trotz Arbeit zu wenig zum Leben und sind sozial schutzlos.
- Die enorme Arbeitsbelastung – vor allem in Pflege- und Sozialberufen – macht viele erschöpft und krank.
- Bezahlte und unbezahlte Arbeit ist extrem ungleich verteilt. Frauen tragen die Hauptlast der Krise.
- Armutsbedrohung und Armut rücken mehr und mehr in die Mitte der Gesellschaft.

Auf der anderen Seite steigen Vermögen und privater Reichtum.

Wenn wir die Situation im Licht des Evangeliums beurteilen, das die radikal gleiche Würde jedes Menschen sieht, erfordert das eine klare Analyse und Kritik des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, das Ungleichheit fördert. Vorrangiges Ziel wirtschaftlicher Entwicklung muss die gerechte Verteilung der Güter und Lebenschancen sein. (Gaudium et spes)

Handeln auf persönlicher wie struktureller Ebene

Die not-wendigen Handlungsschritte, die sich daraus ergeben, betreffen sowohl die persönliche als auch die strukturelle Ebene. Dem anderen, der in Not ist, sind wir verpflichtet, der/die Nächste zu werden, wie es beispielhaft der Samariter tut (Lk 10, 21.35). Darüberhinaus braucht es jedoch eine politische Ordnung, die sich an den Grundprinzipien von Gerechtigkeit und Gemeinwohl orientiert und diese immer wieder umsetzt. Der Markt alleine löst keine Probleme. Es braucht Regulierung, die die gemeinsame Bestimmung der Güter gemäß der universalen Menschenwürde und der Bewahrung der Schöpfung im Mittelpunkt hat. (Fratelli Tutti 168). Der wachsenden Ungleichheit muss durch strukturelle Umverteilung begegnet werden. Steuern auf Finanztransaktionen und Vermögen zugunsten einer Entlastung des Faktors Arbeit sind gefordert – gerade jetzt, um die nötigen Mittel zur Vermeidung

von Armut und Ausgrenzung nach der Pandemie zur Verfügung zu haben. Umverteilung betrifft auch den Anteil von bezahlter und unbezahlter Arbeit, sowie wirksame Strategien zur existenziellen Absicherung aller, unabhängig von Erwerbsarbeit. Das bedeutet eine verstärkte Diskussion um Konzepte für ein bedingungsloses Grundeinkommen ebenso, wie eine wirksame Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Aktuell ist die Erhöhung des Arbeitslosengelds ein Gebot der Stunde! Das tägliche Auskommen gesichert zu wissen ist nämlich Grundvoraussetzung für aktive und kreative gesellschaftliche Teilhabe und lebendige Demokratie. Wir haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass niemand davon ausgegrenzt wird.

Soziallehre braucht Sozialbewegungen

Soziallehre braucht Sozialbewegungen, um einer gerechten Gesellschaft näher zu kommen. Die KAB Österreich ist seit 70 Jahren Teil davon, tätig in der Bewusstseinsbildung in Gruppen und Runden, Veranstaltungen und Kampagnen, gemeinsam mit vielen Kooperationspartner*innen in Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen. Wir werden dranbleiben – denn nur so wird Katholische Soziallehre wirksam, und wir brauchen sie mehr denn je.

BUCH-TIPP



Christian Christen, Thomas Eberhardt-Köster, Roland Süß,
attac-Basistext No. 49:
**Friede, Freude, Freihandel:
Theorie, Ideologie und Praxis
einer fixen Idee**
Verlag: VSA:
Hamburg 2017
ISBN 978-3-89965-697-8
92 Seiten, Preis: € 7



Sebastian Bohrn Mena,
Veronika Bohrn Mena
**Konzerne an die Kette!
So stoppen wir die Aus-
beutung von Umwelt und
Menschen**
Erscheinungstermin: 30.08.2021
Verlag Brandstätter
Wien 2021
ISBN 978-3-7106-0560-4
192 Seiten, Preis: € 20

Wie wird die Notwendigkeit von Freihandel begründet? Und was sind die Gegenargumente, mit denen wir Alternativen zum bestehenden Welthandelssystem entwickeln können? Die Welthandelsordnung wird einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzer*innen. Neben dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurde vor allem die Welthandelsorganisation WTO zum zentralen Machtinstrument zur Durchsetzung von Liberalisierung und Deregulierung von Märkten und zur Privatisierung öffentlicher Güter. Diese Politik führt zu gesellschaftlicher Spaltung, vermehrter Umweltzerstörung und zum Verlust demokratischer Gestaltungsspielräume. Seit dem Scheitern der WTO 2003 im mexikanischen Cancun liegen die Verhandlungen der WTO auf Eis. Seitdem wird vor allem mit bilateralen Handelsverträgen versucht, Freihandel für sämtliche Lebensbereiche durchzusetzen. Die Autor*innen hinterfragen die ökonomische Begründung der Freihandelsideologie und entwickeln Argumente für eine neue ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. Infos zur attac-Basistext-Reihe: <https://attac.de/basistexte>

Ob in Lebensmitteln, Kleidung oder Smartphones: Menschliches Leid und Umweltzerstörung stecken in all unseren Gebrauchsgütern. Meist bleibt das im Dunklen, denn Konzerne arbeiten bewusst intransparent und umgehen systematisch gesetzliche Schranken. So verletzen sie ungehindert und ungestraft Menschenrechte und Umweltstandards – in fernen Ländern genauso wie mitten in Europa.

Dieses Buch zeigt, was wir dagegen tun können. Veronika und Sebastian Bohrn Mena nehmen die Textil-, Lebensmittel- und Rohstoffindustrie unter die Lupe, lassen Betroffene der Ausbeutung zu Wort kommen und zeichnen den damit verbundenen Umfang der Umweltzerstörung nach. Zugleich zeigen sie, wie und wo sich bereits Widerstand regt, warum die bisherigen Vorschläge für ein Lieferkettengesetz viel zu schwach sind – und welche ganz konkreten Möglichkeiten wir haben, durch unsere Konsumentenscheidungen und unsere Macht als Bürger*innen für eine menschenwürdige, nachhaltige und klimaschützende globale Wirtschaft zu sorgen.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:

ZeitZeichen, KABÖ,

Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien